

## **Sonstige Anmerkungen zum geplanten Vertrag:**

- die Firma 10hoch4 hat ihren Firmensitz in Wiener Neustadt, verarbeitet lt. Homepage chinesische und US-amerikanische Module <http://www.10hoch4.at/pv-module.html> ich würde die Aufträge zur Errichtung lieber örtlichen oder ortsnahen Unternehmen zukommen lassen und empfehle für die Module österreichische Erzeugnisse (Wertschöpfung soll so weit wie möglich unserem Land zugute kommen)
- die Firma hat bereits die in Frage kommenden Dächer inspiziert – wer trägt die Kosten, wenn der Vertrag nicht zustande kommt?
- Die Firma hat angeblich bereits Förderanträge bei der ÖMAG gestellt – wie ist das möglich, denn lt. Förderbedingungen der ÖMAG darf zum Zeitpunkt der Einreichung noch keine rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Anlagenteilen getätigt worden sein?

## **Was soll die Gemeinde stattdessen machen?**

Bürgerbeteiligung ist ein aktuelles Modewort; gut gemeint ist aber oft das Gegenteil von gut! Die Gemeinde sollte nicht selbst Bürgerbeteiligung anbieten, dafür hat sie nicht die nötigen Kenntnisse. Auch die Auslagerung an ein externes Unternehmen ist mit Kosten verbunden, die letztlich die Gemeinde zu tragen hat (siehe Vertragsentwurf mit 10hoch4)

**Deshalb mein Vorschlag: Bürgerbeteiligung für alle!** Die Gemeinde beauftragt Unternehmen mit der Errichtung und profitiert sofort von den Erlösen/Einsparungen durch die PV-Stromerträge – und mit ihr alle Bürger

## **Woher soll die Gemeinde das Geld nehmen?**

- Die Gemeinde muss nicht alle Anlagen auf einmal errichten; auch die Firma 10hoch4 hat laut Vertrag dafür 5 Jahre Zeit
- 2015 wurde eine Ausschreibung für die PV am Turnsaaldach gemacht, Billigstbieter war die örtliche Firma Electro.con mit einem Preis für 15 kWp von netto unter 27.000 € (österr. Module Fa. Kioto, Kärnten) incl. Monitoring. Hochgerechnet auf 100 kWp wären das ca. 160.000 €, abzüglich Investitionsförderung von 250 € je kWp = 25.000 €, evtl. abzüglich sonstiger Förderungen
- in der Gemeindezeitung Winter 2018 berichtet der Bgm., dass die Gemeinde für die Volksschulsanierung zusätzliche Fördermittel erhalten wird. Nun sollte man das Fell des Bären nicht verkaufen, bevor er erlegt ist, aber: wir haben im Voranschlag 2019 5.000.000 € an Ein- und Ausgaben angesetzt. Wird bei anderen Ausgaben (z.B. Straßen- und Feldwegsanierungen) auch in dieser Weise überlegt? Bei aller Bekennnis zur Sparsamkeit: hier erscheint sie mir nicht vorrangig: Die Investition in PV-Anlagen wird mehr Ertrag bringen als sie Kosten verursacht!